Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 18 (2011)
Heft: 204

Artikel: Der Rüthi-Effekt
Autor: Rosenbaum, Harry
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-884730

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER RÜTHI-EFFEKT

Das AKW im Rheintal wurde nicht gebaut, der Waffenplatz in Gossau schon. Warum der eine Prostest Erfolg hatte und der andere nicht – und warum sich Widerstand sowieso lohnt.

VON HARRY ROSENBAUM

EIN ATOMKRAFTWERK FÜRS RHEINTAL

In den siebziger Jahren bodigte eine breite Widerstandsbewegung das im St. Galler Rheintal geplante AKW Rüthi.

1980 legte die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) – heute Axpo – unter dem Druck des öffentlichen Widerstandes ein Projekt auf Eis. 2007 kramte es die Energielobby wieder hervor: das AKW Rüthi. Der Grund ist ein für 2020 befürchtetes Energieloch. Die in die Jahre gekommenen Kernreaktoren Beznau eins und zwei, sowie das bereits an Altersgebrechen leidende AKW Mühleberg (Risse im Kernmantel) sollen auf diesen Zeitpunkt vom Netz gehen.

Gegenwärtig produzieren die fünf AKWs der Schweiz vierzig Prozent des Strombedarfes. Die Energielobby prognostizierte einen Versorgungsrückgang von einem Drittel, wenn die drei Alt-Reaktoren abgeschaltet werden. Deshalb hielten sie nach Ersatz Ausschau. Einerseits solle der fehlende Strom durch Gaskraftwerke und andererseits durch den Bau neuer AKWs beschafft werden.

Out

Seit Fukushima fällt Kernkraft aus den Traktanden. Im vergangenen Mai verkündete der Bundesrat unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan, dass die fünf Schweizer AKWs nach dem Ende ihrer Laufzeit nicht ersetzt werden sollen. Unter Annahme einer durchschnittlichen Betriebsdauer von fünfzig Jahren müsste der erste Meiler bereits 2019 vom Netz gehen, der letzte 2034.

Langzeitthema

Seit Mitte der sechziger Jahre wurde in der Schweiz die zivile Nutzung der Atomenergie für die Stromproduktion in Betracht gezogen. Nach dem Bau einer Öl-Pipeline im Rheintal erhoffte sich die st.gallische Kantonsregierung eine rasante industrielle Entwicklung in dieser Region und fasste die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen ins Auge.

Ein Projekt des Kantons und der NOK befasste sich 1963 zunächst mit dem Bau eines Heizölkraftwerkes in der Gemeinde Rüthi. Das geplante Projekt scheiterte jedoch an den ebenso massiven wie unvermuteten Protesten im st.gallischen Rheintal und im benachbarten Vorarlberg. Man war hüben und drüben in Sorge um die Unversehrtheit der Umwelt.

Atomlösung

1972 meldete sich die NOK mit dem Projekt eines Kernkraftwerkes in Rüthi zurück. Sie wollten jetzt Strom «ohne Umweltbelastung» produzieren. Nicht nur in Kreisen der Industrie stiess die Idee auf Begeisterung, sondern auch in der Landwirtschaft. So wähnte die kantonale Gemüsebaukommission im Betrieb eines Atomkraftwerkes einen «wesentlichen Produktionsvorteil». Sie dachte nämlich daran, die «Abfallwärme» des AKWs für die Beheizung von Treibhäusern und von rund 800 Hektaren Freiland zu nutzen.

Widerstand

Schon 1975 hatten sich neben Befürworterinnen und Befürwortern des Kernkraftwerk-Projektes auch Gegner gemeldet, die über die politischen Parteigrenzen hinweg den Verein «Atomkraftwerk Rüthi Nein» gründeten. Die Bewegung startete mit rund 500 Mitgliedern: Sozialdemokraten, Landesringlerinnen, CVPlerinnen und Freisinnigen. Darunter die damaligen Nationalräte Hans Schmid (SP) und Franz Jaeger (LdU) sowie Lore Rohner-Bossart (CVP), seinerzeit Kantonsrätin, und Erich Soom, früherer Gemeinderat in St.Gallen.

Mit Unterstützung der Tageszeitung «Vorarlberger Nachrichten» wuchs die AKW-Gegnerschaft in Vorarlberg zur Massenbewegung an. Höhepunkt war eine Demonstration mit 20'000 Teilnehmern in Feldkirch, an der sich auch zahlreiche Schweizerinnen und Liechtensteiner beteiligten. Promotor der Opposition war der Bregenzer Lungenarzt Walter Gächter (1912–1975). Schon das von der NOK im grenznahen Rüthi zuvor geplante Heizölkraftwerk hatte die Vorarlberger in Rage versetzt. 1965 hatten dagegen ebenfalls in Feldkirch, mit tatkräftiger Unterstützung aus der Schweiz und aus Liechtenstein, rund 25'000 Personen demonstriert.

Zivilcourage

Der Widerstand gegen das AKW Rüthi hatte seine breite Wirkung auch dadurch, dass namhafte Persönlichkeiten mit einem glaubhaften Engagement gegen die Atomkraft hinter der Bewegung standen. Auf der Schweizer Seite war es der heute neunzigjährige Montlinger Arzt und Philanthrop Josef Savary. Eigentlich sei er punkto Kernenergie vom Saulus zum Paulus geworden, sagt er heute mit verschmitzter Selbstironie. «Ich war ein Gegner des ursprünglich in Rüthi geplanten Heizölkraftwerkes und schlug unserem Gemeindeammann vor, dass wir uns doch für die Kernkraft stark machen sollten, die ja damals auch schon von der NOK ins Auge gefasst worden war. Spontan erhielt ich aus dem Gemeindehaus den Auftrag, darüber einen öffentlichen Vortrag zu halten. Ich habe mich dann hinter die Fachliteratur gesetzt und schnell gemerkt, dass wir damit eigentlich nur den Teufel mit dem Beelzebub austreiben würden.»

Savary fährt fort, er habe diese Einsicht dem Gemeindeammann mitgeteilt und ihm gesagt, er könne unmöglich für die Kernkraft plädieren. «Dann solle ich halt dagegen sprechen, hiess es. Ich habe das auch sehr engagiert gemacht und vor allem auf das ungelöste Problem bei der Endlagerung atomarer Abfälle hingewiesen und darüber gesprochen, dass sich die Atomenergie nur sehr schwer beherrschen lasse. Zudem sei das Rheintal ein Erdbebengebiet und die vorherrschenden meteorologischen Verhältnisse würden obendrein dazu führen, dass der Dampf aus dem Kühlturm im Tal hängen bliebe und so für Dauernebel sorgen würde»,

sagt der Montlinger Arzt und Ehrenbürger seiner Wohngemeinde. Der Vortrag sei eingeschlagen und er habe aus der ganzen Region Einladungen für atomkritische Referate erhalten. «Ich konnte die komplizierte Technologie und ihre gefährlichen Auswirkungen gut verständlich machen, weil ich während des Medizinstudiums einen Professor hatte, der Atomphysiker war. Das hat mir sehr geholfen.»

Savary glaubt, dass ein AKW im Rheintal dadurch verhindert worden ist, weil sich auch im benachbarten Vorarlberg eine breite Gegnerschaft formiert hatte. Protagonistin war die heute 75-jährige Bregenzerin Hildegard Breiner, langjährige Obfrau des Naturschutzbundes Vorarlberg und heute Sprecherin der Plattform gegen Atomgefahren. Sie sagt, dass der Widerstand gegen das AKW Rüthi zu einer grossen Aufgeklärtheit der Vorarlberger Bevölkerung über die Gefahren der Kernenergie geführt habe. «Wir waren bei der Abstimmung 1978 über Zwentendorf mit 85 Prozent Nein-Stimmen das Bundesland mit der grössten Gegnerschaft und bei dem knappen Ergebnis des Volksbeschlusses entscheidend. Man kann heute sagen, das war der Rüthi-Effekt, und er hat Österreich frei von Kernenergie gehalten.» Zwentendorf war ein fixfertiges AKW, das nur noch ans Netz hätte gehen sollen. Die weltweit erste Volksabstimmung über Atomenergie hat das verhindert. Heute ist Zwentendorf ein Informationszentrum für Solarenergie.

EIN WAFFENPLATZ IN GOSSAU

Der Widerstand gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen Anfang der neunziger Jahre hat gezeigt, dass ziviler Ungehorsam kein Bürgerrecht, sondern ein Fall für den Strafrichter ist.

Wandel

Die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion zwischen 1989 und 1990 läutete den Kalten Krieg aus. Wofür sollte also ein 41. Waffenplatz in der Schweiz gebaut werden, dazu noch in einem beliebten Naherholungsgebiet, auf Neuchlen-Anschwilen?

Besetzung

Die Bauarbeiten sind bereits im Gange, als nach lokalen Protesten durch die «Aktion zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen» (Arna) an Ostern 1990 mit der Errichtung eines Friedenscamps neben dem Waffenplatzgelände der Widerstand einzieht. Durch die «Gewaltfreie Opposition gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen» (Gona) beginnt der Waffenplatz die ganze Nation zu beschäftigen.

In den eidgenössischen Räten sind noch nicht alle Kredittranchen für das Hundert-Millionen-Projekt gesprochen. Eine eilends lancierte Volksinitiative «Vierzig Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» will verhindern, was noch zu verhindern ist. Auf dem Waffenplatz selbst kommt es zu Bau-Blockaden. Polizeigrenadiere rücken an, zerren Sitzstreikende weg, Reizgas wird eingesetzt und eine private Sicherheitsfirma prügelt Aktivistinnen vom Gelände oder lässt sie durch Hunde vertreiben. Der Bauplatz wird mit Stacheldraht eingezäunt und dauerbewacht.

Aburteilung

Bereits Ende Mai stapeln sich wegen Hausfriedensbruch, Nötigung und Sachbeschädigung über 300 Strafklagen des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) beim Bezirksamt Gossau. Per Inserat wird ein ausserordentlicher Untersuchungsrichter gesucht, um die Pendenzen abzubauen. Vor dem Bezirksgericht kommt es zu Massenprozessen im Schnellverfahren. Dutzende Aktivistinnen und Aktivisten werden im Multipack mit Bussen zwischen 200 bis 300 Franken abgestraft. Im Juni wird das Friedenscamp nächtens von Unbekannten in Springerstiefeln überfallen und einige der Aktivisten zusammengeschlagen.

Werbetrommel

Der FDP-Rechtsaussen-Politiker und alt St.Galler Nationalrat Peter Weigelt bekommt für rund 40'000 Franken vom EMD einen PR-Auftrag, um der Schweizer Bevölkerung die Notwendigkeit des 41. Waffenplatzes einzuhämmern. Der Major engagiert sich auch privat mit der «Interessengemeinschaft für sinnvolle und glaubwürdige militärische Ausbildungsplätze in der Ostschweiz» (ISGA) für das, was er für ein gutes Honorar bereits beruflich tut.

Gehässiges

Im Juni räumt die Polizei das Friedenscamp, das mit Einwilligung des privaten Grundbesitzers neben dem Waffenplatzgelände errichtet worden ist. Für die Zelte wäre angeblich eine Baubewilligung nötig gewesen. Der Grüne Nationalrat Laurent Rebeaud schlägt in der Restkredit-Debatte im Juni 1990 in der Grossen Kammer vor, in den Waffenplatzgemeinden eine Konsultativabstimmung über das Projekt durchführen zu lassen. Die damalige St.Galler FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger erwidert: «Wir brauchen keine Volksabstimmung. Wir wissen, dass die Bevölkerung dafür ist.» Und der damalige CVP-Nationalrat Edgar Oehler lamentiert, dass «Einpeitscher» und «Drahtzieher» den Waffenplatz zum nationalen Thema «hochstilisiert» hätten. Eppenberger wird später noch behaupten, die Aktivisten in Neuchlen-Anschwilen hätten für ihre Blockaden ein «Handgeld von fünfzig Fanken» erhalten. Und der damalige EMD-Chef Kaspar Villiger schwingt sich gar zum Landesgott auf und donnert ins Parlament: «Es gibt kein Widerstandsrecht in der Demokratie!»

Positiv

Arna-Aktivist Hansueli Trüb sagt heute im Rückblick, dass alles, was damals gefordert wurde, schliesslich über die nachträglichen Naturschutzauflagen beim Bau des Waffenplatzes erfüllt worden sei. «Das gibt eine gewisse Genugtuung, obwohl die Initiative 1993 in der Abstimmung mit 55 Prozent Nein-Stimmen scheiterte. Wir waren mit dem Volksbegehren einfach zu früh – der Militärblock im Land war noch zu stark.» Auch Arna-Sekretär Michael Walther bewertet den Widerstand heute positiv: «Er hat die Demokratie belebt und Netzwerke geschaffen, die auch jetzt noch funktionieren. Wir machten sehr wichtige Erfahrungen, politisch und menschlich. So gesehen sind wir überhaupt nicht gescheitert.»

Fazit

Der Widerstand gegen das geplante Kernkraftwerk konnte nicht einfach als «links» abgespiesen werden – dafür waren zu viele Bürgerliche mit dabei. Beim Waffenplatz hingegen engagierten sich nur vereinzelt Bürgerliche dagegen. Zu viele dachten noch in den Schemen des Kalten Krieges. Möglicherweise war generell die Angst vor einem Krieg zu stark. Als über die Initiative abgestimmt wurde, war der hässliche Bürgerkrieg auf dem Balkan im Gange. Und trotzdem: Der Widerstand hat sich gelohnt, weil sein Zustandekommen allein schon ein Erfolg ist.

Harry Rosenbaum, 1951,
ist freier Journalist.